

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Bahnhöfen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonial-Beile 50 J Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von M. Breh, Druck von E. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag-mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Zur Frage der Arbeitslosen-Versicherung.

II.

Welches System ist nun das vorteilhafteste? Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Gedanke einer einheitlich geregelten Reichsarbeitslosenversicherung sehr beachtlich ist. Eine solche Einrichtung, die ähnlich dem Kranken- oder Invalidenversicherungsgesetz sämtliche Arbeiter der Arbeitslosenversicherung unterstellt, hat auch das Ziel der einschlägigen Bestrebungen zu sein. Leider ist aber auf absehbare Zeit nicht daran zu denken, daß solche Pläne verwirklicht werden. Es muß daher darauf gesehen werden, daß inzwischen Ersatz geschaffen wird, ist doch die Krankenversicherung auch nicht mit einem Schlage aus der Erde gestampft worden. Da die Reichsgesetzgebung nicht eingreift, müssen wir darauf sehen, soviel Ersatzinstitute wie irgend möglich zu errichten, diese können dann durch ein Reichsgesetz vereinheitlicht werden. Dabei müßte natürlich darauf Bedacht genommen werden, daß bei der reichsgesetzlichen Regelung der Angelegenheit den Versicherungsorganen bzw. der Arbeiterschaft bei der Durchführung der Versicherung das freieste Selbstverwaltungsrecht gelassen wird. Denn bei einer Arbeitslosenversicherung ist der maßgebende Einfluß der Versicherten noch viel notwendiger als bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Ohne dieses Selbstverwaltungsrecht also keine Reichsarbeitslosenversicherung!

Von den übrigen Arten der Arbeitslosenversicherung verdient das Genter System den entschiedensten Vorzug. Es bedarf sich auch ziemlich mit den Forderungen, die auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress aufgestellt worden sind. Es läßt den Arbeiterverbänden, welche die Arbeitslosenfürsorge eingeführt haben, auch volle Gerechtigkeit zuteil werden. Man hat allerdings bürgerlicherseits auch von Mängeln dieses Systems gesprochen. Diese sollen u. a. darin bestehen, daß es die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen fördert, dagegen die nichtorganisierten Arbeiter von der Fürsorge ausschließt usw. Natürlich kann und muß auch das Genter System noch verbessert werden. Gegenüber den angeführten Nachteilen bringt das Genter System auch nicht zu unterschätzende Vorteile, die der Gesamtheit durch das vertrauensvolle, zu gegenseitigem Verständnis führende Zusammenarbeiten zwischen den Arbeiterverbänden und den Stadtverwaltungen entstehen. Dies hat sich, wie in den belgischen Städten, so auch sehr deutlich in Straßburg i. E. gezeigt, wo die Einrichtung beide Teile näher brachte. Nicht die geringste Störung war im Betriebe zu verzeichnen; die Gewerkschaften brachten den Entscheidungen des Arbeitsamtes volles Vertrauen entgegen. Die bei andern Systemen der Arbeitslosenversicherung vorhandenen Schwierigkeiten — Kontrolle des Grundes, der Dauer und der Beendigung der Arbeitslosigkeit — lassen sich bei dem Genter System leicht überwinden. Was an dem System noch kritisiert werden könnte, das sind Mängel, die allen menschlichen Einrichtungen anhaften und als solche auch bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung in Kauf genommen werden müssen. Im allgemeinen hat das Genter System seine immer größer werdende Verbreitung im wesentlichen dem Umstande zu verdanken, daß im Schoße der beitretenden Verbände die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit obligatorisch ist und von den Mitgliedern hierfür besondere Beiträge nicht zu entrichten sind. Von wem welche ausschlaggebende Bedeutung dieses Moment ist, zeigt der Arbeiterbund Basel. Dasselbst kann sich die Arbeitslosenversicherung einer Vereinigung von Arbeiterverbänden nicht halten, weil sie für die Verbandsmitglieder nicht obligatorisch ist und freiwillige Sonderleistungen fordert.

Überblickt man das seither auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge tatsächlich Geschehene, so ergibt sich, daß das Genter System das am meisten bevorzugte ist. Wo innerhalb des letzten Jahrzehnts die Arbeitslosenfürsorge durch gesetzgebende Körperschaften geregelt worden ist, hat man das Genter System zum Vorbild genommen.

So ist man in Dänemark dem Problem der Arbeitslosenversicherung durch das Gesetz vom 9. April 1904 über anerkannte Arbeitslosenkassen nähergetreten, das solchen Arbeiterunterstützungskassen, die die staatliche Genehmigung nachsuchen und erhalten — ähnlich wie den anerkannten Krankenkassen — staatliche Zuschüsse gewährt oder Zuschüsse durch die Gemeinden gestattet. In Norwegen erging am 12. Juni 1906 ein Gesetz, betr. Staats- und Gemeindebeiträge zu norwegischen Arbeitslosenkassen. Eine Novelle zu diesem Gesetz vom 25. Juli 1908 erhöhte den öffentlichen Zuschuß an die Arbeitslosenkassen von einem Viertel auf ein Drittel der ausbezahlten Arbeitslosenunterstützung. In Frankreich sind zur Förderung der Arbeitslosenversicherung durch Dekret vom 9. September 1905 (bzw. 20. April und 31. Dezember 1906) staatliche Subventionen für Arbeitslosenunterstützungskassen eingeführt worden. In Lugemburg ist für die Arbeitslosen durch ein Arbeitsnachweisamt

mit kostenloser Stellenvermittlung und durch staatliche bezugsfähige Zuschüsse an die Arbeitslosenunterstützungskassen der Arbeitervereine Vorsorge getroffen. Eine ähnliche gesetzliche Regelung der Frage findet sich noch in den Niederlanden, Belgien, in einigen Schweizer Kommunen usw. Zwar sind alle die einschlägigen Gesetze noch recht mangelhaftes Stückwerk, aber sie sind doch immerhin ein Anfang.

In Deutschland ist die Arbeitslosenversicherung nach Genter System eingeführt in Straßburg und wie schon erwähnt, in Köln a. Rh. Eine dem System ähnliche Einrichtung ist in Mainz getroffen worden. Die Versicherung wendet sich dort an alle Arbeitslose, die weiblichen ausgenommen. Die Stadt hat 10 000 M. zu dem Zwecke zur Verfügung gestellt. Eine Arbeitslosenfürsorge eigenen Systems besteht noch in München.

Vorbereitende Schritte zur Einführung der öffentlichen Arbeitslosenversicherung sind in einer ganzen Reihe gesetzgebender Körperschaften unternommen worden. In Bayern sind auf Anregung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in wiederholten Verhandlungen der Staatsregierung mit Sozialpolitikern die Grundlagen für eine Arbeitslosenversicherung geschaffen worden. Die Regierung hat den Auftrag erhalten, eine Vorlage an den Landtag auszuarbeiten. Das Musterstatut für die Einführung kommunaler Arbeitslosenfürsorge ist bereits erschienen und einer Anzahl Städteverwaltungen zur Begutachtung zugestellt worden. In Baden hat das Ministerium eine Denkschrift herausgegeben, die nicht nur den Stand der Arbeitslosenversicherung in Europa zusammenfassend vorträgt, sondern auch zu Versuchen auf dem Gebiete anregt. Auch im württembergischen Landtag wurde zu dem Problem Stellung genommen, und wenn auch die Regierung von einer staatlichen Regelung nichts wissen wollte, kam doch ein Antrag zur Annahme, wonach den Gemeinden, die eine geregelte Arbeitslosenfürsorge haben, ein Staatszuschuß gewährt werden soll. Von den Städten haben sich noch Magdeburg und Berlin mit der Frage befaßt.

Erwähnenswert ist noch eine „Erste internationale Konferenz zur Besprechung des Problems der Arbeitslosenfürsorge“, die von einem aus bürgerlichen Sozialpolitikern bestehenden internationalen Komitee auf September 1910 nach Paris einberufen worden ist. Dasselbe soll sich mit folgenden drei Hauptfragen beschäftigen: Statistik der Arbeitslosigkeit, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Ferner ist die Gründung eines ständigen internationalen Verbandes der Personen, die sich in allen Ländern mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigen, in Aussicht genommen.

Man sieht, es wird mit Erfolg an der Lösung des Problems der Arbeitslosenversicherung gearbeitet. Wir alle haben Ursache, an dem Kulturwerke mitzuhelfen.

### Unbezahlte Arbeit, bezahltes Nichtstun.

In letzter Zeit wurde bei Debatten über Scharfmacherpraktiken ein Professor Ehrenberg mehrfach genannt. Er war ja auch der Kandidat der Industriellen bei den Bestrebungen, auf ihre Kosten an der Leipziger Hochschule einen Lehrstuhl für Scharfmacherrecht einzuschmuggeln. Man geht ferner wohl nicht fehl in der Annahme, in diesem Herrn den geistriellen Vater des vom deutschen Zentralverband der Industriellen protegierten Plans zu sehen, der dahin geht, eine private Hochschule zwecks Ausbildung von Scharfmachereiagitatoren zu gründen. Vorher hatte dieser Mann schon eine gewisse Berühmtheit durch seine apologetischen Monographien über bedeutende Industrielle und ihre Werke erlangt. Den also genügend legitimierten Antipoden nicht nur der modernen Arbeiterbewegung, sondern auch des Kathedersozialismus, wie überhaupt jeder Sozialpolitik, die nicht streng in dem Rahmen des Feudalismus und Herrtums sich hält, das heißt, dem Arbeiter Rechtsansprüche zubilligt, anstatt ihn auf die Gnade des Unternehmers zu verweisen, hatten sich interessierte Kreise nach Wien verschrieben. Hier sollte er über den Irrglauben von dem Segen der Arbeit und der Ueberflüssigkeit des Unternehmertums predigen. Die Hörer und Gläubigen der Ehrenbergischen Lehre sind jedenfalls auf die Kosten gekommen. Der Apostel des lauterer Evangeliums der Scharfmacherei bewies ihnen, daß die „durch gewerkschaftliche Forderungen aufgeschreckten Arbeiter“ den Wert ihrer Tätigkeit überschätzen, während andererseits der Kulturfaktor Unternehmertum weit unterschätzt werde. Bei der Beweisführung unterließ ihm der große Fehler, die Begriffe der gewerblichen Unternehmung und des Unternehmers kritisch zu identifizieren. Der Unternehmer im früheren Sinne, der selbst einen Betrieb leitete, darin die eigentlich treibende Kraft war und blieb, der den Kapitalisten mit dem Betriebsleiter verband, war doch etwas ganz anderes als unsere modernen Unternehmer, die lediglich Aktionäre werden und dafür einen erheblichen Anteil vom Arbeitsertrage beanspruchen. Auf den Produktionsprozeß üben sie

gar keinen Einfluß aus, sie wissen oft kaum, welche Waren in dem betreffenden Betriebe hergestellt werden.

Ehrenberg rühmt nun die kulturelle Bedeutung der neuzeitlichen Unternehmung als Nährzelle der Volkswirtschaft, wobei er die erwähnten Begriffsbestimmungen durcheinander wirft und so das verstandesmäßige klare Erfassen der Faktoren, auf die es ankommt, erschwert, wenn nicht ganz verhindert. Er führte nach einem Bericht der „Neuen Freien Presse“ u. a. aus:

„Die wirtschaftliche Unternehmung wird oft in ihrer Bedeutung verkannt. Sie ist nicht ein Erzeugnis der „Profitlust des Kapitals“, nicht eine bloße Privatwirtschaft, die man schädigen kann, ohne daß die Volkswirtschaft leidet. Die Unternehmungen sind die eigentlichen Nährzellen der Volkswirtschaft. In ihnen vollzieht sich der ganze Prozeß der unmittelbaren Produktion und Distribution. Will man über Wesen und Bedeutung des Unternehmers klar werden, so muß man ausgehen von der Beobachtung, daß die Trägheit zu den besonders tief wurzelnden ursprünglichen Eigenschaften der Menschheit gehört und daß sich auch jetzt noch, trotz aller tausendjährigen Erziehung, in allen Volksklassen immer wieder viel Neigung zeigt zum Rückfall auf den Naturzustand des trägen Behaltens.“

Wie hat die neuzeitliche Unternehmung bisher tatsächlich auf die Volkswirtschaft gewirkt? Soviel ist gewiß: die wirtschaftliche Produktivkraft der Kulturvölker ist außerordentlich gewachsen, hauptsächlich quantitativ. Die eigentliche Großunternehmung muß sich darauf, auf die Massenfabrikation beschränken; doch mittelgroße Unternehmungen, die hauptsächlich Handarbeit pflegen, beteiligen sich auch erfolgreich an der künstlerischen Qualitätsproduktion, seitdem sich der Bedarf dieser immer mehr zuzwendet.“

Daß die neuzeitlichen Unternehmungen, die Aktien- und anderen Gesellschaften, das vom Vetter losgelöste, aus vielen Kanälen zusammenlaufende Kapital, das gewissermaßen entpersönlicht ist, darstellen, über diese Tatsache gleitet Ehrenberg schnell und glatt hinweg. So im Vorbeigehen bemerkt er, in der Aktiengesellschaft repräsentierten die Gründer das Direktorium und der Aufsichtsrat den schaffenden Unternehmer. Das ist nicht richtig! Die irdige Feststellung bekommt aber erst ihren rechten Sinn in der Umrahmung, die ihr die „Arbeitgeberzeitung“ gibt. Diese ergänzt die Darlegungen des Rostocker Professors durch folgende Einleitung:

„Bei Schopenhauer findet sich die Bemerkung, man brauche nur ein halbes Duzend Menschen davon zu überzeugen, daß die Sonne nicht die Ursache der Helligkeit auf der Erde sei, und alsbald würde sich eine große Gemeinde finden, die Stein und Bein auf diesen neuen Glaubenssatz schwört. An diese Empfänglichkeit für den Irrtum, an diese menschliche Eigenart, das Selbstverständliche zu übersehen und das Wunderbare und Unwahrscheinliche zu glauben, muß man sich erinnern, wenn man begreifen will, wie es gekommen ist, daß in der Nationalökonomie zahlreiche Richtungen entstanden, die als Ursache der wirtschaftlichen Entwicklung alle möglichen Dinge, nur nicht die Willenskraft der menschlichen Persönlichkeit zu erkennen glaubten. Da dies ist, die Fruchtbarkeit des Bodens sei die letzte Ursache des Wohlstandes, andre erklärten sich für die Zirkulation des Geldes, wieder andre beachteten die menschliche Arbeit schlechthin als die einzige Quelle der Gütererzeugung. Von den Sozialdemokraten wissen wir, daß sie diese letztgenannte Lehre dahin umgedeutet haben, daß an Stelle der Arbeit eigentlich nur noch die Handarbeit übrig blieb. Um das Selbstgefühl der Lohnarbeiter zu steigern, wurde ihnen und wird ihnen noch heute täglich eingeredet, daß letzten Endes ihr starker Arm es ist, der das ganze Getriebe der Volkswirtschaft im Gange hält.“

Daß die Sozialdemokratie die Handarbeiter als die alleinigen Wertschaffer, ihre Tätigkeit als die einzige Quelle des Reichtums anspricht, ist eine ebenso frei-falsche Interpretation sozialistischer Nationalökonomie, wie auch die Behauptung, sie rede dem Handarbeiter ein, sein Arm allein halte das ganze Getriebe der Volkswirtschaft im Gange. Wohl stehen alle Köder still, wenn der starke Arm es will, aber daß der ganze Organismus funktioniere ohne geistige Arbeit, ohne Direktion, das zu behaupten ist noch keinem Sozialdemokraten oder Gewerkschaftler in den Sinn gekommen. Ohne Dampf oder andre Energie fährt keine Lokomotive, das weiß jedes Kind, aber es folgert daraus nicht, daß die Kraft allein, ohne Maschine, den Eisenbahnzug fortbewegen könne.

Von den kapitalistischen Interessenvertretern wird ganz einfach die Begriffsbestimmung „Arbeit“ umgefälscht in „Handarbeiter“. Die Arbeit schlechthin, soweit sie produktiv ist, betrachten wir als den Vorn des Reichtums. Und nach unfrer Ansicht und unserm Willen sollte der Ertrag der Arbeit auch den Trägern der Arbeitskraft gehören. Zu diesen rechnen wir alle, mittelbar oder unmittelbar, im Produktionsprozeß und bei der Warenverteilung Tätigen. Darin sind selbstverständlich eingeschlossen die bezahlten Betriebsleiter, Ingenieur, Chemiker, Kaufleute usw., deren Arbeitskraft wird ebenso gut vom Kapital ausgenutzt als die des Handarbeiters oder schlecht entlohnten Angefallten, nur der Grad der Ausbeutung ist verschieden. Damit kommen wir wieder zu dem Vortrage Ehrenbergs. Er beschlagmahnt die Arbeitskräfte, die in der modernen Unternehmung den Unternehmer von ehemals ersetzen, diesen von der Gütererzeugung und -Verteilung vollständig ausschalten, und präsentiert sie als den schöpferischen, die Trägheit überwindenden Faktor, der die Initiative zur Produktion gibt. Damit tritt der Aktionär als Aukunier am Arbeits-



ertrage in den Hintergrund. Würde Ehrenberg mit solchem Verschwindenlassen auch das Recht des Kapitals auf Rente eskamotieren können und wollen, wir wären mit ihm sehr einverstanden. Hier ist der springende Punkt, auf den es ankommt!

Ohne es zu wollen, hat der glänzendste Prediger der Kapitalrente, der eifrigste Scharfmachergelehrte, der scharfe Bekämpfer der Gleichberechtigung der Arbeiter und ihrer Organisation den Nachweis geführt, daß die Empfänger eines Teiles des Arbeitsertrags im Produktionsprozeß vollständig überflüssig sind, tatsächlich keinerlei Funktionen ausüben. In der Aktiengesellschaft hat der Unternehmer von ehedem an den bezahlten Leiter die früher von ihm geleistete Arbeit abgetreten, aber nach wie vor ist er bei der Verteilung des Arbeitsertrags beteiligt. Das Kapital ist ihm nicht mehr ein Mittel zur Anwendung seiner Arbeitskraft, zur Verrichtung seiner Anlagen und Fähigkeiten, es ist ihm nur noch Rentenhobel, er läßt nur noch sein Geld „verdienen“. Der an das Kapital entfallende Anteil vom Arbeitsertrage wird natürlich der schaffenden Arbeit vorenthalten. So gibt es unbezahlte Arbeit und bezahltes Nichtstun. Ueber diese aufzudecken, widerkinnigen, kulturfeindlichen Taten helfen Scharfmacherische und kapitalistische Interpellationen, helfen Verrenkungen der Logik nicht hinweg. Und je mehr diese Erkenntnis Gemeingut der Produzenten, der produktiv Tätigen wird, um so sicherer und schneller finden diese auch Mittel und Wege, das Schmarogertum auszuspalten, damit nicht länger mehr Verschlemme der faule Bauch, was fleißige Hände erworben.

### Aus dem Reichstage.

Der Hauspalast der beherrschte die abgelaufene Woche. Ausgesüßte wurden die Verhandlungstage mit den Debatten über Kolonial- und Militärstat. Die Verhandlungen über den Etat werden fortgesetzt, so daß uns noch Gelegenheit geboten wird, eingehend darauf zurückzukommen. Heute wollen wir uns auf die Schilderung eines Vorkommnisses beschränken, das sich am Sonnabend, dem 29. Januar, abspielte. Der Herr v. Oldenburg-Jamuschau betrat die Rednerbühne. Seine rhetorische Leistung begann er mit der Erklärung, daß nach seiner Anschauung die Ransfelder Vergleute noch zu zart behandelt seien. Dann gab er seine staatsrechtlichen und militärischen Grundzüge zum besten. Daß diese hinter Argrophaters Zeiten wurdeln, ist bekannt. Aber so offen ist Herr v. Oldenburg-Jamuschau noch nie für seine vornehmlichen Anschauungen eingetreten, wie diesmal. Der nachste Republikanismus ist das Staatsideal dieses Herrn. Der „Herrlicher“ und die Soldateska sind die einzigen Machtfaktoren, die dieser Junker anerkennt. Zwischen beiden braucht nur noch Raum zu sein für Adel und Junkertum und wir leben dann nach Auffassung der Edelsten und Besten in der vollkommensten der Welten. „Nehmen Sie 10 Mann und schließen Sie den Reichstag“, so muß der Kaiser zu einem beliebigen Zeitpunkt sagen können, meinte der Herr Junker. So ist dieser zum Militärstat im Laufe der Jahre das Wort genommen, geschah es, um dem Reichstag das Recht zu bestreiten, in militärische Dinge ein Wort mit hineinreden. Der Reichstag hat nur das Geld zu bewilligen und Geldquellen zu erschließen, in welche der Reichstag seine Saugnäpfe einhängen kann, aber wenn es ihm befallen sollte, ein energisches Wort mit herein zu reden, dann steht auf Wehrl der Kaiser ein prächtiger Leutnant höher als die gesamte Volkvertretung! Das ist die Auffassung des Jamuschauers und die Meinung aller Junker. Nur sind nicht alle so — tapfer, es zu sagen. Daß die politischen Freunde des Herrn v. Oldenburg mit feiner Aufsehung einverstanden, beweist das Beifallsgevißer, mit welchem die Rede begleitet wurde. Beifall und heiteres Gelächel herrschte auf den Bänken der Rechten, als der Redner seine absolutistischen Reizungen zum besten gab. Diese Reizungen stellen eine glatte Aufzählung zum Verfassungsbuch dar. Feinliche Aufforderungen sind aber auch schon bei andern Gelegenheiten von kompromittierten Parteigängern ergangen. Nur war noch feiner so unvorsichtig, eine solche Mißachtung vor der Volksvertretung dieser selbst ins Gesicht zu schänden. Vielleicht hat das auch ein Rest von Scham verhindert. Der Junker von Oldenburg-Jamuschau legt sich über beides hinweg. Er kann weder Rücksicht noch Scham, wenn es ihm darauf ankommt, seiner Mißachtung vor dem auf Grund des gleichen, allgemeinen, gesetzlichen und direkten Wahlrechts gewählten Parlament Ausdruck zu geben. Ueber den Erfolg seines Angriffs dürfte der Herr sich diesmal aber betrogen haben. Der während der Rede antwortende Vizepräsident, Erzbischof zu Hohenlohe-Schillingen, fand in der Auslegung eine Verherrlichung der Diktatur, wie sie in der Armees herrschen müsse. Er rügte daher den Ausbruch nicht, gab mit seiner Auslegung dem Herrn von Oldenburg auch gleich die Spur an, auf welcher dieser sich nun zurückziehen vermag. Wenn der Herr vor dem Präsidium ein milden Richter gefunden, das Volk wird anders über ihn urteilen. Zu seiner Verurteilung ist das deutsche Volk mit freiem Junkerhohem versichert worden, es wird die Gelegenheit finden, die Herren dafür zu strafen.

Weniger mild als der antwortende Präsident, der erklärte, er habe die Auslegung als nicht ernst gemeint aufgefaßt, urteilte der Reichstag selbst. Gewisse Mitglieder machten die Junkerrechtigkeit zum Gegenstand einer Gehässigen Rede. Einem Protest gegen die junkerliche Annahme schloßen sich die Wortführer aller Parteien an, bis auf jene der Rechten und der Reichspolitischen Bewegung. Der alte Präsident der Reichstag des Reiches gegen die Junker fand, warf mit Ordnungsgewalt gegen die Sozialdemokratie an, die ihn durch Zuruf zur Schamung der Würde des Reichstages entsetzten. Unter andern wurde auch Gewisse Redebeiträge mit einem Ordnungsgewalt bedacht, den dieser als zu leicht erhalten erachtet und der Entgegnung des Hauses unternahm. So wird die Angelegenheit zu einer Präzedenzfall für die Zukunft. Das Haus wird nicht bald ein Haus sein, das einen Junkerführer eine Rede erhält, weil dieses von Präsidenten fordern, die Volkswahl gegen Beschränkung zu schützen. Dies aber der Ordnungsgewalt als ein solcher erklärt, der zu leicht erachtet, dem Reichstag nichts anderes übrig als sein Amt niederzulegen. Als großes Gefühl haben Durchbruch der Bewegung der Reichspolitischen Bewegung nicht bezeichnen zu können. Die Reichspolitische Bewegung nicht einmütig wurde. Das Reichspolitische Bewegung mit unerschütterlicher Klarheit die ganze Annahme und Unerschütterlichkeit der Rechte, die in Preußen die Hand in der Hand haben. Der unerschütterliche Gang der Bewegung ist ein Ziel, das zu erreichen die Aufgabe ist, die wir uns, welche Bewegung, und nicht Reichstag wollen.

tuelle Fehler berichtigen zu können. Eine Ermahnung, der wir uns nur anschließen können. Es wäre niemand mehr erfreut als wir, wenn die Unternehmer ihre Geschäftsinteressen aufgeben und über die Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben die Öffentlichkeit informieren würden. Anderer Meinung scheint der „Seifenfabrikant“ zu sein, denn er hängt der Mahnung folgende Antwort, mit den Feststellungen in gar keinem Zusammenhang stehende Fiktion an:

„Gibt schon die im vorstehenden Artikel behandelte Statistik in ihren Ergebnissen für die chemische Industrie im allgemeinen nur einen recht schwachen Anhalt zur Beurteilung der wirklichen Lage der Verhältnisse in dieser, so erst recht in Uebertragung auf die deutsche Seifenindustrie im speziellen.“

Angaben, die sich auf die Mitteilungen von — sage und schreibe — insgesamt 848 Arbeitnehmern stützen, von vorhandenem circa 20. bis 25.000, können unendlich irgend eine brauchbare Grundlage für diesen oder jenen Schluss daraus abgeben. Dagegen wissen wir aus der Geschichte der letzten 50 Jahre in unserer Industrie, daß die Verhältnisse der Arbeiter gerade in der Seifenindustrie Deutschlands im allgemeinen wohl angenehmer wie sonstwo gewesen sind, so daß z. B. Streiks in diesem Zweige der chemischen Industrie bis dato so gut wie ausgeschlossen waren. Das deutet schon auf Zufriedenheit und auf ein recht erträgliches, wenn nicht direkt gutes Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber hin. Ebenso sind die Löhne in der Seifenindustrie, wenn nicht direkt gute und vielfach die besseren, dann sicher aber im Verhältnis zu dem, was dafür zu leisten war, mindestens angemessener gewesen. Dabei werden die Arbeiter gewöhnlich unter sanitär nicht ungünstigen Verhältnissen und in der kälteren Jahreszeit meist in warmen oder temperierten Räumen, in Kollektorfabrikaten z. B. sogar unter direkt angenehmen räumlichen usw. Bedingungen ausgeführt, was für den Arbeitnehmer ebenfalls nicht unvorteilhaft ist.

Daß die Zahl der Arbeiter in Seifenfabriken, die an der Statistik beteiligt sind, zu gering ist, um allgemein gültige Schlüsse für die gesamte Industrie daraus ziehen zu können, ist richtig, das hat der Verfasser des Artikels einleitend ausdrücklich vorausgeschickt. Alle übrigen Randbemerkungen des Unternehmerblattes, soweit sie nicht direkt unrichtig sind, entpuppen sich bei näherer Kenntnis der Dinge als haltlose Phrasen. Direkt unrichtig ist die Behauptung, daß 20.000 bis 25.000 Arbeiter in Seifenfabriken beschäftigt seien. Aus den neuesten Veröffentlichungen aus den Ergebnissen der Gewerbebefragung von 1907 geht hervor, daß in der Seifenfabrikation abgesehen von Geschäftsinhabern, Betriebsleiter usw. 8209 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, also nur ungefähr der dritte Teil der vom „Seifenfabrikanten“ geschätzten. Ein wenig gewissenhafter könnte die Redaktion also schon vorgehen. Wenn dann weiter von dem „guten Einvernehmen“ geschwafelt wird, so könnten wir der Redaktion des Unternehmerblattes sehr leicht den Nachweis führen, daß dieses gute Einvernehmen in der Mehrzahl der Seifenfabriken alles zu wünschen übrig läßt. Auch die Behauptung, daß Streiks so gut wie ausgeschlossen waren, steht auf schwachen Füßen. Ohne genaue Nachforschung, rein aus dem Gedächtnis, stellen wir fest, daß in den letzten Jahren in Königsberg, Jülich, Hamburg, Regensburg, München, Breda, Braunschweig usw. Streiks in Seifenfabriken stattgefunden haben. Die Liste würde sich erheblich verlängern, wenn uns die Behauptung des „Seifenfabrikanten“ einer eingehenden Nachprüfung wert wäre. Das Geschwätz von „direkt guten“, „vielfach besseren“, „mindestens angemessenen“ Löhnen übergehen wir; wer eine Statistik hemängelt, weil sie nur einen geringen Bruchteil der Arbeiterkraft umfaßt, sollte sich hüten, Urteile zu fällen ohne jedwede andre Unterlage, als eine blühende Phantasie und einen recht geringen Grad publizistischer Gewissenhaftigkeit.

Dasselbe gilt für den letzten Satz, der die Arbeit in Seifenfabriken demselben Aufenthalt in einem Sanatorium gleichzustellen sucht. Wir wissen nicht, ob der Schreiber der Anmerkung schon einmal eine Seifenfabrik von innen gesehen hat, bezweifeln es aber, denn sonst könnte er kaum so ungeniert der Wahrheit auf die Fäße treten. Gewiß gibt es einige Seifenfabriken mit musterhafter Einrichtung, aber die Mehrzahl weiß geradezu traurige hygienische, temporäre und räumliche Verhältnisse auf. Die Erkrankungsgefahren in dieser Industrie sind denn auch recht groß. Dr. Grün sagt darüber in Weiphs Handbuch für Gewerbehygiene: „Erkrankungen des Kehlkopfs, Heiserkeit, Laryngitis chronica (Kehlkopfentzündung) sind bei den Arbeitern dieser Betriebe häufig; denn die Dämpfe, welche sich beim Schmelzen der verschiedenen Teile entwickeln, reizen die Schleimhäute und Membranen sehr. . . Die Erkrankungen des Magens und Darms können als spezifische Gewerbekrankheit dieses Gewerbes betrachtet werden.“ Die Entstehungsurachen dieser Magenkrankungen sieht Dr. Grün in erster Linie in den chemischen Reizen, denen die Magen- und Darmhäute dieser Arbeiter ausgesetzt ist. Speisen werden oft unverdaut wieder ausgebrochen, auch ist ein Aufstoßen von stinkenden Gasen, ein intensiver Kopfschmerz, Schwindel, Fieber usw. zu konstatieren. Ferner kommen Augen- und Libidentzündungen bei den Arbeitern dieser Industrie als Folgen der Dämpfe von Säuren und Laugen häufig vor. — So sieht es also mit den „nicht ungünstigen hygienischen Verhältnissen“ in der Wirklichkeit aus. Die Redaktion des „Seifenfabrikanten“ tut gut, ihre Fiktionweiskheit in Zukunft für sich zu behalten.

### Achtung, Seifenarbeiter!

Für die Arbeiter der Seifenfabriken werden Erhebungen veranstaltet, die von sachverständiger Seite bearbeitet werden. An die in Betracht kommenden Zahlreihen ist die erforderliche Anzahl Fragebogen gesandt. Die Fragebogen sollen nicht nur von den Mitgliedern, sondern von allen in Seifenfabriken beschäftigten Arbeitern ausgefüllt werden. Die Vertrauensmänner der Seifenfabriken wollen die Fragebogen von den Bevollmächtigten abfordern und diesen bei den Arbeiten tatkräftig beihilflich sein.

### Aus der Kieler Fischindustrie.

Daß die in der Fischindustrie in Kiel und Umgebung beschäftigten Personen, insbesondere die Frauen, unter ungünstigen Arbeitsverhältnissen zu leiden haben, ist ja allgemein bekannt. Straßknecht von Sigh und Rheumalismus sind die Folgen, die sich sehr bald bei den

Arbeiterinnen bemerkbar machen. Man sollte nun annehmen, daß die in der Fischindustrie beschäftigten Personen sich ihrer Pflicht bewußt wären und versuchen, alle ihre Kräfte einzusetzen, um mit diesen ungelieblichen Beschäftigungen auszukommen. Leider ist dies nicht der Fall. Und so lange die in der Fischindustrie beschäftigten Personen nicht selber Hand an Werk legen, um mit diesen Beschäftigungen aufzuhören, werden für die Beschäftigten nicht besser werden. Daß die Beschäftigten von den Fischhändlergelehrten keine Vorteile ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage zu erfahren haben, welche Vorteile unter anderem an einigen Beispielen beweisen, die hier folgen, daß die Fischhändlergelehrten einzelne Unternehmer, keine Arbeiter, sind. Man wird behaupten können, daß die Bestimmungen in der Gewerbeordnung bis zum Jahre 1909, soweit sie für die in Fischhändlerbetrieben beschäftigten Arbeiterinnen in Frage kamen, genügend waren, um die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen. Diese Bestimmungen glücken den Fischhändlern jedoch schon viel zu weit. Und leider haben sie mit ihren Schreien bei der Regierung auch erreicht, daß diese Bestimmungen für die Arbeiterinnen noch bedeutend verschlechtert worden sind. Der Ausbruch ist mit den neuen Bestimmungen noch mehr Spielraum geschaffen. Aber auch dieses Entgegenkommen der Regierung genügt den Fischhändlergelehrten noch nicht.

Wir wollen uns heute zunächst mit zwei Firmen beschäftigen, von denen die gesetzlichen Bestimmungen mißachtet werden. Die neuen Bestimmungen schreiben vor, daß die Arbeiterinnen nicht länger als 10 Stunden pro Tag beschäftigt werden dürfen. Weiter, daß in einem Jahr an 60 Arbeitstagen (jeder 40 Tage) nicht länger als bis abends 10 Uhr gearbeitet werden darf. Jedoch was lehnen sich die Firmen Heining, Das Söhne, Wedder, Grotzsch, und Willens, Gebebergerstraße, an. Diese Bestimmungen in diesen Betrieben wird nicht bloß abends bis 11 Uhr, sondern bis morgens 3 Uhr, und wenn sein kann, die ganze Nacht durch gearbeitet. Daß bei einer so langen, geschwunden mühevollen Arbeit die Gesundheit der Arbeiterinnen in kurzer Zeit zerstört wird, ist klar. Dazu kommt noch, daß die ungelieblichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, soweit sie für die Gesundheit der Arbeiterinnen in Frage kommen, mißachtet werden. Die Verletzung von Vorschriften wird unterlassen, der Fußboden im Arbeitsraum ist nicht mit Holzbohlen ausgelegt, so daß die Arbeiterinnen den ganzen Tag und, wie die Arbeitszeit bei der Firma Heining Das Söhne, Wedder, Grotzsch, und Willens, Gebebergerstraße, auch noch die ganze Nacht im Wasser stehen. Weiter sollen die Arbeiterinnen mit Blech umgeben sein. Es soll auch für guten Rauchabzug Sorge getroffen werden. Jedoch all diese Bestimmungen werden von den Fischhändlergelehrten in Kiel und Umgebung nicht beachtet. Die Gesundheit der Arbeiterinnen wird durch die Tier nach Nacht zerstört. — Auch sei der Firma Heining Das Söhne, Wedder, Grotzsch, für die Zukunft dringend empfohlen, die Frauen bei so schwerer Arbeit, wie dem Abtoben der Kästen im Gewicht bis zu 250 Pfund nicht mehr zu beschäftigen. Die fortwährende Ermüdung der einen Arbeiterin sollte doch als Opfer dieser schweren und gefährlichen Arbeit genügend sein!

Wir wollen nun hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, daß die Fischhändlergelehrten mehr als bisher ihren gesetzlichen Verpflichtungen, soweit sie zum Schutze und zur Erhaltung der Arbeiterinnen betreffen, Beachtung schenken. Gerecht ist es nicht, so werden wir uns unverzüglich an die gesetzlichen Behörden wenden und von diesen verlangen, daß gegen alle Fischhändlergelehrten, die die gesetzlichen Bestimmungen mißachten, Strafen ausgesprochen werden. Auch die Fischhändlergelehrten sind verpflichtet, sich den gesetzlichen Bestimmungen zu fügen. Wer sie das nicht, dann müssen sie dazu gezwungen werden. Die wenig die Fischhändlergelehrten den gesetzlichen Bestimmungen sich fügen, wird dadurch bewiesen, daß in den meisten Fischhändlerbetrieben die neuen gesetzlichen Bestimmungen nicht ausgeführt sind. Fürchten die Arbeiter, durch den Ausbruch ihre Arbeiterinnen aufzuklären?

Die in der Fischindustrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen aber ermahnen wir, sich durch Anstoß an den Fabrikarbeiterverband einen Rückhalt gegen die Macht und Gerechtigkeit mißachtenden Unternehmer zu schaffen. Friedrich Kunz.

### Aus der Papierindustrie.

— Aus einem kassischen Arbeiterbetrieb. Die Papierfabrik Dreierwerder der Firma F. C. Weidenmüller ist von uns schon wiederholt im „Arbeiter“ einer Kritik unterzogen worden. Die Mißstände in diesem Betriebe sind aber so zahlreich, daß schon ihre Aufzählung, geschweige denn ihre Beschreibung in einer Nummer unendlich ist. Einige wenige aus der großen Menge folgen hier heute kurz besprochen werden. Dabei bemerken wir ausdrücklich, daß wir mit der Beschreibung kein Urteil über andere Prozed verfahren, als die Firma zur Beseitigung der Mißstände zu veranlassen. Wir hoffen, daß die Firma diese unsere Absicht anerkennen und für Abstellung Sorge tragen wird. — An erster Stelle ist zu rügen das Ueberstunden- und Ueberfrachtenwesen. Es sollte doch auch der Firma bekannt sein, daß der Arbeiter solche Ueberarbeit nur auf Kosten seiner Gesundheit leisten kann; die Unterbrechung im Betriebe ist dem Arbeiter schon in der regulären Zeit das Meiste zugemutet, da nicht jede Ueberarbeit direkt gefährlich. Wenn Arbeiter, wie das bei dieser Firma der Fall ist, bis 10 und 12 Uhr nachts überarbeiten müssen, so ist das einfach Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft. Die Arbeiter sind in den letzten 5 Jahren, wie deren erst wieder am 19. Dezember eine geleistet werden mußte, wurden ganz besonders gefährdet auf die Arbeitergeundheit. Und es beweist sehr viel Rücksichtslosigkeit, wenn dabei noch an die gesetzlich gerechnete Zeit hinausgegangen wird. So ist die Ermüdung während des Betriebes während des Vormittags-gottesdienstes vor, in Wirklichkeit wurde während dieser Zeit flott gearbeitet. Auch die Zuneigung der Pausen wird bei den Querschnitten und in der Anstaltsabteilung umgangen. Weiter ist das Strafsystem ungerecht und willkürlich. Strafen von 50 Pfennig bis 1 Mk. sind die Regel. Zahlreiche eingekerkerte Plakate zeugen von der fruchtlosen Geduldswanderei der leitenden Instanzen. Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß Strafen nur abgezogen werden dürfen für solche Vergehen, die in der Arbeitsordnung bezeichnet sind; andre Strafbestimmungen sind unzulässig, die Kollegen mögen das beachten. Charakteristisch ist folgender Fall: In der Nachmittags von Silvester zu Neujahr war an einer Papiermaschine das Siebleder zerbrochen worden. Da der Täter nicht ausfindig gemacht werden konnte, legte die Firma eine Belohnung von 20 Mk. aus für den, der den Täter ermittelt bezug. bekannt gibt. Ferner wurde gedroht, daß der Wert des Siebleders von den Lantieren abgezogen wird. Wir wollen ausdrücklich bemerken, daß wir es auf's schärfste verurteilen, wenn Arbeiter Betriebsgegenstände oder Einrichtungen unvorsichtig vernichten oder beschädigen; derlei Vorfälle werden bei uns nie Entschuldigung finden, jedoch bitten wir uns mit aller Entschiedenheit gegen die Art, wie die Firma den Täter sucht, und gegen die Besuche, den Schaden, den vielleicht ein unangeführter Mensch begangen hat, der Gesamtarbeiterschaft aufzubladen. Die Lantiere ist ein Teil des Lohnes, und es wäre nicht unangerecht, sondern direkt ungesetzlich, wenn derlei Vorfälle vorgenommen würden.

Weiter muß hier darauf hingewiesen werden, daß das Främiertigen eine erhebliche Steigerung der Unfallgefahr zur Folge hat. Seit am 17. Januar geriet ein Maschinengehäuse mit der Hand in die Maschine; der Verlust einiger Finger wird voraussichtlich die Folge sein. Daß die Unfälle in diesem Betriebe sehr zahlreich sind, geht schon daraus hervor, daß der Balkenrand die Fabrik mit dem verhängenen Namen „Knochenmühle“ belegt hat. Auf die Gefahr, die den Arbeitern auf dem Ausgange des Hofes droht, wenn einmal ein Brand ausbrechen sollte, sei hier ebenfalls hingewiesen. Der Fußboden ist hier aus Holz; die harten Zuganker sind in einem schmalen Eingang, der recht und links von beiden Ausgängen begrenzt ist. Zwar ist ein Schlauch und Wasser vorhanden, aber das würde den Arbeitern hier oder wenig nützen, denn sie sind mehr vom Rauch als vom Feuer gefährdet. Hier läte Abhilfe besonders not. Daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Farbfläche einen gemeinsamen Umkleerraum haben, der oben drein

### Der „Seifenfabrikant“ und die Statistik.

In „Seifenfabrikant“ berichtet Herr Arbeitgeber, Dr. Grünmann die Ergebnisse unserer Sonderstatistik, soweit sie die Arbeiter und Arbeiterinnen der Seifenindustrie betreffen. Er weiß sich dabei jeglichen Urteils über das Verhältnis zwischen Arbeitern, Arbeitelohn und Arbeitsleistung und begnügt sich mit einer sehr unvollständigen Wiedergabe der statistischen Ergebnisse. Im Schluß der Darstellung sagt er, daß es ungenügend sei, wenn die Unternehmer, um über die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen der Seifenindustrie, Kenntnis zu erlangen, die Arbeiter und Arbeiterinnen der Seifenindustrie zu befragen, um deren



gleich Sperrraum ist, ist ein weiterer Mangel, der hoffentlich bald behoben wird.

Um Protest wachen zu lassen, wählen wir auch einige Wohnstätten-einrichtungen kurz auf. Also: es gibt Fabrikwohnstätten; wozu? Das sind die Wohnstätten, die in der Fabrik selbst untergebracht sind. Weiter gibt es Wohnstätten für Arbeiter, die in der Fabrik selbst untergebracht sind. Weiter gibt es Wohnstätten für Arbeiter, die in der Fabrik selbst untergebracht sind.

Die Arbeiterchaft war bislang noch sehr indifferent. In neuerer Zeit zeigt sie sich aber unter dem Namen der Arbeiterchaft, so daß wir in Zukunft auf gute Beziehungen in der Organisationsarbeit rechnen können. Den reisenden Kollegen ist nur zu raten, diesen Betrieb soviel wie möglich zu meiden, da sie sich in ihren Erwartungen doch nur täuschen dürften. Den organisierten Kollegen aber rufen wir zu:

**Grüß auf Kameraden, durch Nacht zum Licht!**  
 Uns sollen die Feinde nicht kümmern!  
 Wir hatten so manche demeritvolle Schicht  
 Und haben die Sonne doch schimmern!

**Summarische der Königsberger Zellstoff.**

Als der gelbe Verein seinerzeit auf der Zellstoff-Fabrik ins Leben gerufen wurde, da gab es einige Arbeiter, die da glaubten, nun brähe die Arbeiterchaft das goldene Zeitalter an. Gaben sich doch die Mitbegründer und Freunde des gelben Vereins alle Mühe, um der Arbeiterchaft die gelbe-Gründung so schmackhaft wie möglich zu machen. Auf Grund eines von bekannter Seite stammenden Rezeptes agitierten sie für das "gelbe" die Arbeiterchaft gerichtete Nachwort mit einem Fleiß, wie man es bei allen betrieblichen Unternehmungen gewohnt ist. Winkt doch vielleicht in nicht gar zu weiter Ferne ein Wohlstand als Belohnung für die treue Unterwürfigkeit unter ihrer Herren Gebote. Ein Frachtlein sollte es werden, und wenn erst alle Arbeiter gelb seien — so sagten die Günstlinge — dann könnten sie auch mehr Lohn fordern! Solche Einträge sollte dann zwischen der Leitung des Werkes und den Arbeitern bestehen. So der Lobesgang der Unternehmungsleitung, die teils aus Selbstsucht, teils aus Unwissenheit Friedenswächler auf den gelben Verein und ihre Projekte anstimmten. (Was jetzt übrigens durch Gründung eines Werksangehörigen und wirkungsvoller betrieben werden soll.) Wie es nun mit der von den "gelben Freunden" vielgeliebten Summarische und Eintracht aussieht, dafür ein schlagendes Beispiel: Die "hohen, heiligen" Festtage rücken heran. Vier Arbeiter, die schon in den Weihnachtsestragen die 24 stündige Wechselschicht überbrücken mußten, verfahren am Neujahrsfest das Bedürfnis, auch einmal Feiertag zu haben, auch einmal frei zu sein, und gingen am Neujahrsabend nicht zur 24stündigen Schicht. Daraus erfolgte sofort Kündigung und am 18. Januar sind die vier Arbeiter entlassen. Sie müssen den Staub von ihren Füßen schütteln und das Eldorado verlassen, wo hohe Eintracht herrschen soll. Weißt, auf solche Art, wie diese vier, können sich die Arbeiter nicht frei machen, können sie nicht die überlange Arbeitszeit beiseite, um auch als gleichberechtigte Menschen Feiertage und Feste zu feiern. Hierfür gibt es nur ein Mittel, welches wir den Arbeitern immer wieder rufen und als gewichtigste Waffe empfehlen können: die Organisation! Schließen sich die Arbeiter einheitlich der Organisation an, dann können sie auch eine Verklärung der Arbeitszeit verlangen und damit auch die längere, gesundheitsgefährlichen vier- und zwanzigstündigen Wechselschichten beiseite.

Kollegen! Tagtäglich seht ihr an Beispielen, wie gedrückt und geknechtet ihr werdet. Ihr selbst seht es ja auch schon ein, daß der gelbe Verein nichts als ein Werk zur eurer Ausnutzung in Unternehmerrhänden ist. Nun, dann habt auch den Mut, ermannt euch und schließt euch dem Fabrikarbeiterverbande an! Nicht durch Klagen und Euhnen könnt ihr eine Besserung erreichen, sondern durch eure eigene Kraft und Stärke in der Organisation.

**Erklärung der Zellstoffnamen.**

Folgende Definition der zahlreichen Zellstoffarten (Sulfatstoff, Sulfatstoff, Natronzellulose, Zellulose und Zellstoff) entnehmen wir der "Papierzeitung": Sulfatstoff ist durch Kochen roher Pflanzenteile mit alkalischer Dauge hergestellt, falls der Kochlauge schwefelsaures Natron (Sulfat) zugelegt war. Sulfatstoff ist Papierfaserstoff, welcher durch Kochen roher Pflanzenteile mit einer Lösung von schwefligsaurem Salz gewonnen ist. Natronzellulose oder Natronzellstoff ist Papierfaserstoff, welcher durch Kochen roher Pflanzenteile mit Natronlauge gewonnen ist, die keinen Zusatz von schwefelsaurem Natron erhalten hat. Zellulose und Zellstoff bedeutet das gleiche, nämlich nach irgendeinem Verfahren aus Rohpflanzen gewonnene, von verholenden Bestandteilen möglichst befreite Fasern.

**Aus der Zuderindustrie.**

**Wie der schweren Arbeit höher Lohn gestellt wird.**

Die Zuderindustrie gehört zum größeren Teil zu den agrarischen Interessengebieten. Und die Zuder-Aktiengesellschaften präferieren sich durchweg in einer glänzenden finanziellen Verfassung. Auch die Fantiemenpolitik weiß man hier zu handhaben. Dafür nachfolgende Aufstellung als Beweis. Die aufgeführten Summen enthalten zum Teil auch die Vorstandstantiemen und Gratifikationen.

Zuderfabriken	Mitglieder im Aufsichtsrat	Tantiemen in Mark	Kapitalien in Millionen
Freustadt	4	57 827	1,8
Gröben	4	16 297	3,0
Glaugitz	5	65 709	4,5
Rörsdorf	5	39 393	4,7
Krauschwitz	5	117 419	2,5
Küllam	5	85 196	2,0
Zuderraffinerien			
Mositz	11	58 941	5,5
Tangermünde	5	8 000	10,10
Halle	6	10 236	5,0
Offlein	7	62 694	1,5
Stallgart	6	25 614	1,8
Bunzlau	6	31 864	1,2
Ungarische Zuderindustrie-Akt. Gesellschaft	8	119 325	9,6
Erzgebirger Zuderfabrik	7	42 026	1,5
Sächsische Gesellschaft f. Zuderfabrikation	7	194 549	4,7
Alten-Gesellschaft de Denese, Zuderfabrikation	8	2 845 385	22,5
Stärkezuderfabrik vorm. Kuehlmann	5	96 504	3,6

Also in bezug auf Gesellschaften 3 840 304 Akt. an schätzbaren Tantiemen in einem Jahre! Das Kapital der zusammengestellten Gesellschaften beträgt 88,6 Millionen Mark. Welchen Wert diese agrarischen Herren Aufsichtsräte haben, zeigt ein Einblick in eine Gesellschaft: die Zuderfabrik Krauschwitz. Bei der letzten Generalversammlung beantragte die Verwaltung des Betriebes, statt einer Dividende von 29 Prozent, wie es der Reingewinn zuließ, nur eine solche von 22 Prozent zu zahlen, die dadurch erhöhten 173 888 Akt. sollten als Entschädigung an die Aktienlieferanten für die außerordentlich gute Ernte gezahlt werden. Dagegen wurde durch einen Aktiven Protest eingelegt. Er führte aus, daß die Aktienlieferanten wegen der außerordentlich zuderhaltigen Rübenernte des vergangenen Jahres schon ihre kontraktlich festgelegten Preise und außerdem besondere Nachzahlungen erhalten hätten, es brähe sich in dieser Erhöhung pro Zentner Rübener ein

Wahrscheinlich von 100 Akt. gegen das Vorjahr aus. Der eigentliche Grund der Verminderung des Aufschlags ist bezeichnend: die Aktienlieferanten des Aufschlagsrats selbst. Ihnen sollten die 173 000 Akt. Entschädigung zugeführt werden! Für den Antrag hatte auch ein Vertreter eines Aufsichtsratsmitgliedes gestimmt, der jährlich für 100 000 Akt. Lohn an die Fabrik liefert. Und es wurde den Aktienlieferanten des Aufsichtsrats gemäß befohlen. Die Herren erhielten also als Aktienbesitzer 22 Prozent Dividende, als Aktienlieferanten einen pro Zentner um 5,60 Akt. höheren Preis, dann 173 000 Akt. Entschädigung und 117 000 Akt. als Tantiemen! Ein solches Geschäft! Ja, die Agrarier wissen Bescheid mit der Aufsichtsratspolitik. Wenn die Arbeiter nur halb soviel Energie und Schlantheit für die Wahrung ihrer Interessen aufwenden würden, wie die Zuderbarone, es lände besser um sie.

**Preis- und Gehaltssteigerung in der Zuderindustrie.**

Deutschland steht in der Reihe der Zuderproduzierenden Länder an erster Stelle. Nach einer im November des Vorjahres vorgenommenen Umfrage der Internationalen Vereinigung für Zuderstatistik stellt sich die Zuderproduktion der letzten beiden Kampagnen wie folgt (die Angaben für die Kampagnen 1909/10 beruhen natürlich auf Schätzungen, die aber der Wirklichkeit sehr nahe kommen, weil ja die Ernte fast ganz beendet war):

Länder der Vereinigung:	Zu Betrieb befindliche Fabriken		Rübenerarbeitung		Zuderproduktion	
	1909/10	1908/09	1909/10	1908/09	1909/10	1908/09
	Anzahl		Menge in Tonnen			
Deutschland	356	358	12 766 320	11 815 318	1 959 300	2 074 527
Oesterreich-Ungarn	202	204	8 046 400	7 933 400	1 256 300	1 386 900
Frankreich	245	251	6 235 200	5 949 300	796 200	791 600
Belgien	79	81	1 744 000	1 711 600	237 100	257 300
Holland	27	27	1 291 000	1 350 000	171 700	214 800
Russland	275	277	6 984 400	8 184 900	1 194 200	1 240 800
Schweden	21	21	821 400	886 000	124 900	137 600
Summe	1205	1219	37 908 720	37 830 518	5 679 760	6 102 527
Andere Länder:						
Dänemark	7	7	470 000	436 400	62 000	65 400
Italien	30	33	1 000 000	1 526 700	116 000	178 600
Spanien (Rübe)	30	31	650 000	881 600	83 300	110 000
Rumänien	5	5	172 000	166 800	25 000	24 900
Serbien	1	1	63 000	36 300	8 400	5 700
Bulgarien	1	1	28 000	23 300	3 300	3 100
Griechenland	1	1	25 000	27 200	—	3 700
Schweiz	—	—	—	—	—	—
Summe	75	79	2 408 000	3 693 300	301 050	391 400

(Nicht offiziell)

Zusatz: Europa [1280] [1298] [40 316 720] [40 928 818] [5 980 810] [6 493 927]

Die Ausnahme von Frankreich hat die Zuderproduktion in allen größeren Ländern abgenommen, in Deutschland um 5,6 Prozent, in Oesterreich gar um 9,42 Prozent. Die Folge dieser Abnahme ist eine erhebliche Erhöhung der Zuderpreise. So kostete zum Beispiel in Magdeburg, dem Zentrum der deutschen Zuderindustrie, der Doppelzentner

	Juli 1909	Oktober 1909	Januar 1910
Rohzuder	20,40 Mk.	21,60 Mk.	25,50 Mk.
Raffinade	41,—	42,58	45,74

Das ist innerhalb 6 Monaten eine Steigerung der Preise um 25 Prozent beim Rohzuder und um 10 Prozent bei der Raffinade. Das ist eine weitere erhebliche Erhöhung der Haushaltskosten des Arbeiters. Dabei haben die Zuderfabriken eine herartige Aufbesserung ihrer Gewinne — denn das ist die Folge der Preissteigerung — durchaus nicht nötig. Während vor einigen Jahren die Gewinne der Zuderindustrie im Vergleich zu anderen Industriezweigen niedrig standen, sind dieselben gerade in den letzten drei Jahren ganz erheblich gestiegen. Nach einer Zusammenstellung des Statistikers D. Licht bringen die Gesamtgewinne der Zuderindustrie in den letzten vier Kampagnen

	1905/6	49 896 000 Mk.
	1906/7	75 608 000
	1907/8	95 933 000
	1908/9	108 470 500

Das ist in vier Jahren eine Gewinnsteigerung um mehr als 100 Prozent. Dabei ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter in den vier Jahren nicht gestiegen, sondern um einige tausend gesunken. Die Kampagne 1909/10 wird natürlich noch höhere Gewinnziffern bringen. Die Arbeiter der Zuderindustrie aber zählen zu den schlechtest entlohnten in ganz Deutschland. Warum? Weil sie den Weg zur Organisation nicht zu finden wissen.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

Streiks und Differenzen bestehen in: **Angsburg** (Glasfabrik), **Berlin** (Schallplattenarbeiter), **Mittweide** (Konwarenfabrik), **Ebersdorf**, **München** (Konferenarbeiter), **Leipzig** (Chem. Fabrik).

Zug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

**Soß.** Am Sonntag, dem 16. Januar, fand in Soß eine Versammlung für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Margarinefabrik von Jurgens u. Pringen statt. Leider waren nur wenige Arbeiter erschienen, weil die Mehrzahl derselben fürchtete, daß sie entlassen werden, wenn sie von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen. Trotzdem gelang es uns, eine Anzahl neuer Mitglieder zu gewinnen. Das letztere paßte nun aber einigen Meistern nicht, die Mitglieder des "Kampfbündnisses Arbeitervereins" sind. Die Meister Joden und Heumann, sowie die Vorarbeiter Scharf und Paulus fragten und spekulierten die ganze Woche herum, um heraus zu bekommen, wer in der Versammlung war und wer Mitglied des "roten" Verbandes sei. Endlich gelang es ihnen, zwei unserer Mitglieder zu ermitteln, welche denn auch prompt auf's Plaster floßen. Am Donnerstag wurde in der Kaserne der Kollege U. und am Sonnabend in der Schreinerei der Kollege B. entlassen. Bei beiden Entlassungen wurde es mehr oder weniger offen zugegeben, daß die Zugehörigkeit zum Verband die Ursache der Entlassung sei. Nach Angabe der Meister ist der Betriebsleiter der "Polhabteilung", Herr Graubardt, die Seele der Entlassungen gewesen. Dieser Herr habe die Entlassung angeordnet, er hat auch die Zeugnisse der Arbeiter unterschrieben, ist also darüber informiert.

Am Montag wollte der Gauleiter deshalb bei der Firma verhandeln, es wurde ihm jedoch erklärt, die Herren Direktoren seien zurzeit verreist und kämen erst Ende der Woche zurück. Auch Herr Graubardt war nicht mehr in der Fabrik anwesend. Es wurde dann vereinbart, daß am Montag, dem 31. Januar, eine Verhandlung zwischen der Direktion und dem Gauleiter stattfinden soll. Von dieser Verhandlung wird es abhängen, was für Maßnahmen gegen die Firma Jurgens u. Pringen zu ergreifen sind, falls sie auch in der Zukunft nicht gewillt ist, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beachten.

Den Arbeitern und Arbeiterinnen kann aber nur zugerufen werden: Haltet in den Verband der Fabrikarbeiter! Je stärker ihr organisiert seid, desto mehr wird man euch respektieren und anerkennen. Nur dort finden Maßnahmen statt, wo die Arbeiter schwach sind und sich nicht wehren können. Ihr habt das Recht zur Organisation, also macht auch Gebrauch davon.

Nachdrücklich der Redaktion: Nachdem Vorstehendes schon im Sag, wird uns r. teilt, daß n. d. Unterhandlungen mit

dem Gauleiter inner der entlassenen Kollegen wieder eingestellt wurde; die Entlassung des zweiten wurde damit begründet, daß derselbe nur zur Ausfülle angenommen und seine Entlassung in keinem Zusammenhang mit seiner Organisationszugehörigkeit stehe. Die Vertreter der Firma erklärten ausdrücklich, daß sie in keiner Weise in das Organisationsrecht der Arbeiter eingreifen wollten, es vielmehr jedem Arbeiter freistellen, sich dem Verbands anzuschließen. Wir hoffen, daß die Kollegen und Kollegeninnen nunmehr ihre Scheu ablegen und einmütig dem Fabrikarbeiterverband beitreten.

**— Ludwigstadt. Eine "Nachfrage" der Arbeiter.** Die Firma Drütler u. Erlanger, Holzerartikel-Fabrik, kaufte seit Jahren mit ihren Arbeitern in Ebersdorf, Sünderweit von jeder Fabrikverbindung entfernt. Sie entlohnte dieselben schlecht und recht mit 2,10—2,60 Mk. Grundlohn pro Tag, der aber nicht immer verdient werden konnte, weil die Arbeit in Alford gemacht wurde. Vor einigen Jahren hatten aber auch die Ebersdorfer den Weg in den Verband gefunden und infolgedessen eine Erhöhung des Alfordlohnes erreicht.

Das war vor drei Jahren. Seitdem hatte eine Verbesserung der Löhne nicht mehr stattgefunden, bis vor einem halben Jahr, am 26. Juni 1909, auf Verlangen der Firma statt der bisherigen Alfordarbeit der Stundenlohn eingeführt wurde. Die sogenannten Grundlöhne wurden dabei um 2 bis 5 Pf. erhöht. Kein Mensch war froher als die Arbeiter, brauchten sie doch jetzt nicht mehr den zum Schließen notwendigen Sand und die im Betrieb verbrauchten Vimeisen selbst zu bezahlen, sondern das sel, wie in der ganzen Welt üblich, der Firma zu.

Aber die Freude sollte nicht von langer Dauer sein. Die Fabrik war nämlich bald darauf, um die Laufende von Markt, die bisher für den Transport des Rohmaterials und der fertigen Ware von und zu der Bahn ausgegeben werden mußten; zu reparieren, von Ebersdorf nach Ludwigstadt verlegt werden sollte direkt an der Bahn einen neuen Betrieb eingerichtet. Dort ... esen nun, nachdem die neu hinzugekommenen Arbeiter angelehrt waren, die Ebersdorfer bald abtrig. Hatten sie, die seit langen Jahren für den Betrieb und in demselben gearbeitet hatten, doch dem horrenden Lohn von 31 Pfennigen, während die Neueingestellten nur 26 Pf. bekamen. Man kündigte also vier der ältesten Arbeiter wegen Arbeitsmangels. Die Gesamtarbeiterchaft wandte sich nun an den Organisationsvertreter mit dem Verlangen, er solle bei der Firma dahin wirken, daß, wenn wirklich Arbeitsmangel sei, was nach den in letzter Zeit gemachten Ueberständen laun anzunehmen, die Arbeitszeit verkürzt, event. auf 5 Tage reduziert werden möge, ihre Mitarbeiter aber sollten jetzt, bei der strengen Winterzeit, nicht auf die Straße gestellt werden. Der Firmenvertreter, Herr Drütler, erklärte, hierauf nicht eingehen zu können, sollten aber die Arbeiter bereit sein, wieder in Alford zu arbeiten, so habe er gegen ihren Vorbehalt nichts einzuwenden. Dazu hatten nun nach den früher gemachten Erfahrungen die Arbeiter keine Lust, erklärten sich aber nach Aussprache mit ihrem Vertreter dazu bereit, wenn auf die früheren Löhne 5 Prozent Zuschlag gewährt würden und die Firma wie üblich die erforderlichen Materialien selbst liefere. Diesen Vorbehalt erklärte Herr Drütler für unannehmbar und kündigte den Leuten wieder.

Nun sagten ihm seine Arbeiter, wenn die Arbeit so knapp sei, daß entweder die alten Arbeiter aufhören oder Alford eingeführt werden müßte (ein Widerspruch, den jedenfalls nur Herr Drütler erklären kann), wollten sie alle solange ausziehen, bis wieder für alle Beschäftigung vorhanden sei. Das war aber gar nicht nach Herrn Drütlers Geschmack, denn er hatte fest darauf gerechnet, daß die Arbeiter von Ludwigstadt ihre Ebersdorfer Kollegen im Stiche lassen würden. Als die Arbeiter mit den Entlassenen den Betrieb verlassen hatten, schien der Arbeitsmangel beendet, denn Herr Drütler und sein Geschäftsführer gingen in eigener Person auf die Suche nach Arbeitern.

Die ausziehenden Arbeiter hatten inzwischen die Organisation verknüpft und erklärten sich nach Aussprache mit dem Gauleiter bereit, den festgemachten Vorschlag (4 Prozent Zulage und den Sand je zur Hälfte) anzunehmen.

Damit war der Fall erledigt — sollte man glauben. Aber weit gefehlt! Als Herr Drütler davon Mitteilung gemacht wurde, erklärte er, daß nur soviel Arbeiter anfangen könnten, als nicht durch Streikbrecher ersetzt seien. Er wußte aber ganz genau, daß nun die Alten auch die weniger lange Beschäftigten nicht im Stiche lassen könnten, wollten sie nicht eine unmoralische Handlung begehen.

Dadurch ist, wenn das Vorjensege noch irgend einen Zweifel hätte bestehen lassen, bewiesen, daß es Herrn Drütler nur darauf ankommt, seine alten Arbeiter loszuwerden. Das wird ihm durch die Einigkeit der Arbeiter etwas erschwert und deshalb erzählte Herr Drütler am Stammtisch von einer "Nachfrage" der Arbeiter. Die Beteiligten aber können daraus ersehen, wie notwendig die Organisation nicht nur für sie, sondern auch für die Arbeiter ist, die sich heute noch aus Unkenntnis zu Dingen gebrauchen lassen, die den Interessen der Arbeiterchaft direkt ins Gesicht schlagen.

**Korrespondenzen.**

**Eilenburg.** Welche Kiesenprojekte in der Zelluloidindustrie erzielt werden, zeigt folgender Jahresabschluss der Deutschen Zelluloidfabrik. In dem am 1. Oktober 1909 abgelaufenen Geschäftsjahre erzielte die genannte Firma einen Ueberbisch auf Fabrikationskonto von 796 553 (im Vorjahre 307 101) Mk., wozu noch 2602 (0) Mk. Kursgewinn und 617 (428) Mk. Zinsen treten. Da für Generaluntersuchen usw. 180 653 (191 045) Mk., für Zinsen 30 808 (37 666) Mk. und für Abschreibungen 174 647 (40 860) Mk. aufzuwenden waren, so ergab sich einschließlich 6900 (72 260) Mk. Beitrag ein Reingewinn von 419 563 (130 213) Mk., aus dem 12 (8) Prozent Dividende verteilt werden. Es ist gewiß ein nettes Stimmchen, welches die Herren Aktionäre für ihre mühevolle Arbeit einstreichen. Die Löhne der Arbeiter stehen dagegen in einem krassen Gegensatz. Werden doch in diesem Betriebe Stundenlöhne von 21 bis 31 Pf. für männliche und 12 bis 15 Pf. für weibliche Arbeiter gezahlt. Das Ueberbischunwesen steht hier in voller Blüte, es soll bargekommen sein, daß ein Arbeiter 48 Stunden hintereinander gearbeitet hat. Die Behandlung läßt auch zu wünschen übrig. Besonders will sich da der Anseher Bräunig in der Schürabteilung hervorheben. Schon früher einmal machte es sich nötig, dessen Verhalten in einer Versammlung zu kritisieren; er benannte damals Arbeiter mit den Rufnamen Dohle, Hampelmannner usw.; in letzter Zeit hat man ja derartige Redensarten nicht mehr gehört, doch scheint Bräunig einen besonderen Groll auf die für unsern Verband tätigen Arbeiter zu haben. Schon längere Zeit suchte er nach einem Grunde, um die betreffenden Kollegen broilos zu machen. Endlich am 13. d. M. bot sich eine Gelegenheit. Bräunig sah einen Kollegen mit einem andern sprechen und wies ihn mit barbaren Worten an seine Arbeit. Als der Kollege sagte, daß er sich doch nicht im Zuschauke befinde und nur etwas Gesprächliches mit seinem Mitarbeiter besprochen habe, ließ Bräunig sofort nach dem Betriebs-Ingenieur und der Kollege mußte die Fabrik verlassen. Bräunig soll sich angeschlossen haben, daß nun noch zwei Mann in der betreffenden Abteilung wären, welche auch noch springen müßten. Wenn er denkt, durch solche Maßnahmen unsere Agitation in den Betrieben lahm zu legen, so täuscht er sich gewaltig. Für Bräunig wäre es besser, er sorgte einmal dafür, daß für die ihm unterstellten Arbeiter eine ordentliche Waschgelegenheit geschaffen würde. Auch fehlt im Badenzimmer die nötige Ventilation, so daß die dort beschäftigten Arbeiter durch die dort entstehenden Dünste viel Verdrüßendes haben. Ein den Verhältnissen entsprechender Speiseaal ist vorhanden, auch eine Wadeneinrichtung, welche letztere von den Arbeitern leider nicht genügend benutzt wird. Es wird die höchste Zeit, daß sich noch mehr Arbeiter dieses Betriebes dem Fabrikarbeiterverbande anschließen, denn nur dadurch kann den dort herrschenden Mißständen mit Nachdruck entgegengetrieben werden.

**Glensburg.** Das Jahr 1909 stand unter dem Zeichen einer in Glensburg seit langer Zeit nicht dagewesenen Arbeitslosigkeit. Arbeiteten sich doch 427 Mitglieder 4369 Tage arbeitslos. Die volle Arbeitslosigkeit innerhalb der Mitgliedschaft kommt dabei noch nicht







## Aus der chemischen Industrie. Die Arbeitsverhältnisse in den staatlichen Pulverfabriken.

Zum ersten Male hat der „Proletarier“ in seiner Nummer vom 6. Februar 1909 in die Arbeitsverhältnisse der vier staatlichen Pulverfabriken hineingeleuchtet, die für die unter den preussischen, bayerischen und sächsischen Heeresverwaltungen in Spandau, Hanau, Ingolstadt und Gnaschwitz in Deutschland bestanden. Die dem Reichstag alljährlich zugehenden „Uebersichten über die Arbeiterverhältnisse in der Flotten- und Heeresverwaltung“ lieferten die amtlichen Unterlagen für unsere erste Kritik, die sehr zurückgebliebene Betriebszustände in diesen chemischen Fabriken der größten deutschen Staaten aufdeckte, da es an der Hand der genauen Aufzeichnungen erfreulicherweise möglich ist, ziemlich tief in die Betriebsbedingungen hineinzusehen. Inzwischen ist ein Jahr verfloßen, und es lassen sich nunmehr Vergleiche zwischen jetzt und damals anstellen. Zur Schande der Arbeiter dieser Fabriken, die natürlich unter sehr strenger militärischer Zucht gehalten werden, denen aber das Koalitionsrecht trotzdem ebenso freisteht, wie sie frei angenommen und entlassen werden, muß nun gesagt werden: sie haben das letzte Jahr wieder unbenutzt verstreichen lassen und nicht den geringsten Versuch gemacht, ihre Verhältnisse zu verbessern, während die Arbeiter der privaten Sprengstoff-Fabriken doch einige Fortschritte in der Organisation erzielten.

Bei den Arbeitern der vier staatlichen Pulverfabriken handelt es sich offenbar um ein sehr sechshaftes Volkchen\*, das seinen Arbeitsplatz zäh behauptet und ihn nicht so leicht abtritt, während sich aus der Umgegend zahlreiche ebenso konservative Arbeiterelemente bereit halten, bedingungslos in jede entsetzende Lücke einzurücken. Haben sich doch z. B. allein bei der Pulverfabrik Hanau vom 1. November 1907 bis 31. Oktober 1908 nicht weniger als 218 Leute zur Aufnahme gemeldet, von denen 53 abgelehnt und 165 in die Bewerberliste eingetragen wurden. Diese Reservarmee hat die Fabrikverwaltung immer gegen etwaige „Begehrlichkeiten“ der augenblicklich von ihr Beschäftigten zur Verfügung. Sie macht deshalb die staatlichen Pulverarbeiter zäh und tiefe, und der Arbeiterwechsel ist in den offenbar am strengsten „regierten“ zwei preussischen Betrieben sehr gering, häufiger schon in der bayerischen und am häufigsten in der sächsischen Staatspulverfabrik. Eine genaue Vorkontrolle über die eingestellten und abgegangenen Arbeiter, die wir längst gefordert für alle Glühföhren fordern sollten, ergab nämlich bei den vier staatlichen Pulverfabriken folgendes Bild:

Es waren	Hanau	Spandau	Ingolstadt	Gnaschwitz
1. November 1907 beschäftigt	567	574	225	75
gestorben 1907/08	4	5	2	—
entlassen oder ausgetreten 1907/08	6	14	21	46
eingestellt 1907/08	17	5	20	67
31. Oktober 1908 beschäftigt	574	560	222	95

Zunächst fällt beim Vergleich mit 1906/07 auf, wie ganz gleich sich die Beschäftigungsziffer geblieben ist. Es wurden fast genau dieselben anderthalbtausend Pulverarbeiter beschäftigt, wenigstens in Preußen und Bayern, während in der sächsischen Staatsfabrik das letzte Jahr mit 20 Köpfen mehr abschloß. Stark nachgelassen hat dagegen der Arbeiterwechsel in Spandau und Ingolstadt. In der erstgenannten Fabrik gingen 1907/08 nur noch 14 gegen 40 Arbeiter im Vorjahr weg, so daß man nur 5 Mann statt 24 im Vorjahr neu einstellte, und in Ingolstadt schieben zwar 21 (gegen 26 im Vorjahr) aus, aber es wurden nur 20 (statt 49 Mann im Vorjahr) neu eingestellt, weil man anscheinend bestrebt war, nicht über die Arbeiterzahl von 225 hinauszugehen. Das würde alles auf höchst angenehme Arbeitsverhältnisse schließen lassen — wenn man nicht eine so geduldige ländliche Erbschaftsbewahrung vor sich hätte.

Die Arbeitsverhältnisse sind nämlich nach den amtlichen Ziffern selbst nichts weniger als muster-gültig geworden. Für die sächsische Staatsfabrik ergibt sich dies bereits aus dem lebhaften Arbeiterwechsel. Genau wie im Vorjahre schieben 1907/08 nicht weniger als über 50 Prozent der Arbeiter aus und mußten durch neue ersetzt werden. Genau wie im Vorjahre blieb auch der auffällig hohe Anteil weiblicher Arbeiter an der Gesamtzahl. Die Pulverfabrik Gnaschwitz brauchte auch Ende 1908 noch 24 Frauen auf 74 Männer, trotzdem von 1907 auf 1908 mehr Frauen, nämlich 32, durch den Betrieb hindurchgingen, als zu Anfang (17) und zu Ende des Betriebsjahres (24) überhaupt weibliche Arbeitsstellen vorhanden waren. 147 Prozent der Ende Oktober 1907 beschäftigt gewesenen Arbeiterinnen haben also gewechselt. Zum Glück haben wir im letzten Jahre eine tüchtige Anzahl von Arbeitervertretern in die sächsische Kammer bekommen. Wir hoffen, daß sich diese Abgeordneten recht bald einmal der Pulverarbeiter in Gnaschwitz annehmen! Auch daß für 43 von den 95 sächsischen Pulverarbeitern das Dienstalter unter 5 Jahren ist, während sonst die Staatsbetriebe so gern mit ihrem „ständigen“ Arbeiterpersonal prahlen, läßt tief blicken. Die weiblichen Arbeiter dieses „Musterbetriebes“ haben von 1,90 bis 2,20 Mk. pro Tag verdient, also wahre Hungerlöhne im verwegenen Sinne des Wortes. Die männlichen sind nicht über 4,30 Mk. pro Tag hinausgekommen. Aber alle Löhne von über 4 Mark gelten offenbar lediglich für 6 Vorarbeiter und Aufseher. 42 Arbeiter blieben zwischen 3 und 4 Mk. pro Tag und 14 Unglückliche verdienten sogar nur 2,60

Mark bis 2,90 Mark. In der Ingolstädter Pulverfabrik verdient die Mehrzahl ebenfalls nur 3 bis 3,60 Mk. pro Tag. 22 von den 25 Arbeiterinnen erhielten den Sommerlohn von 1,90 Mk. täglich! Dagegen renommieren der Hanauer und der Spandauer Betrieb, wie auch schon im Vorjahre, mit Löhnen von 4 bis 6 Mk. täglich für die große Mehrzahl der Arbeiter, die wir natürlich nicht nachprüfen können, solange die Arbeiter dieser Fabriken uns so organisationsfremd bleiben wie bisher. Um nun solche Nachprüfung zu ermöglichen, setzen wir diesmal die Hauptlohnziffern der amtlichen Statistik wörtlich hierher. Danach erhielten 1907/08 in der Hanauer Pulverfabrik außer billigen Wohnungen für 40 Familien zum Preise von 120 Mk. jährlich (statt des ortsüblichen Preises von 192 Mk.) folgende Arbeitergruppen die nachstehenden Löhne: 21 Mann 4 Mk., 19 Mann 4,10 Mk., 2 Mann 4,20 Mk., 14 Mann 4,30 Mk., 22 Mann 4,40 Mk., 50 Mann 4,50 Mk., 22 Mann 4,60 Mk., 28 Mann 4,70 Mk., 21 Mann 4,80 Mk., 23 Mann 4,90 Mk., 48 Mann 5 Mk., 37 Mann 5,10 Mk., 32 Mann 5,20 Mk., 40 Mann 5,30 Mk., 23 Mann 5,40 Mk., 20 Mann 5,50 Mk., 21 Mann 5,60 Mk., 15 Mann 5,70 Mk., 11 Mann 5,80 Mk., 16 Mann 5,90 Mk. und 20 Mann 6 Mk., einige 30 Mann sogar noch Lohnsätze über 6 Mk. bis 8,10 Mk., alle einschließlich Lohnzulage. Es wäre nun einmal an den Hanauer Pulverarbeitern, uns mitzuteilen, ob sie wirklich so im Gelde schwimmen, wie diese preussische Amtsaufstellung es besagt.

Natürlich wären sie auch dann bei 9- bis 10stündiger Arbeitszeit noch lange nicht zu hoch bezahlt. Denn die Gesundheitsverhältnisse der Staatspulverfabriken sind ebenfalls keine muster-gültigen. Auf je 100 Mitglieder der Betriebskrankenkassen entfielen im Jahre 1907/08:

	Erkrankungsfälle		Sterbefälle		Krankheitsstage auf 1 Fall	
	in ml.	wbl.	in ml.	wbl.	in ml.	wbl.
Spandau	42	—	0,77	—	29	—
Hanau	54	60	0,76	—	18	30
Ingolstadt	46	23	0,83	—	20	8

Das sind veräßerliche Ziffern, die beweisen, daß in den Staatsbetrieben unmöglich alles so glänzend für die Arbeiter bestellt sein kann, als es die amtlichen Uebersichten behaupten. Wenn die Krankheitshäufigkeit gegen das Vorjahr auch ein wenig gesunken zu sein scheint, so ist die Festigkeit und Gangwierigkeit der Erkrankungen doch gestiegen. Noch immer wird beinahe die Hälfte, in Hanau mit seinen angeblich hohen Löhnen sogar mehr als die Hälfte aller Pulverarbeiter im Jahre krank, und in Spandau ist die Zahl der Krankheitsstage auf einen Erkrankungsfall von 28 auf 29, in Ingolstadt von 19 auf 20 bei den Männern seit 1906/07 gestiegen, gar nicht zu reden von den Frauen, die mit 60 Erkrankungs-fällen auf 100 Beschäftigte und 30 Krankheitsstagen auf einen Fall in Hanau noch tief unter den Männern im Krankheitselend stehen. Aus Gnaschwitz fehlen noch immer Krankheitsnachweise. Unsere Abgeordneten im sächsischen Landtag sollten dafür sorgen, daß sie das nächste Mal geliefert werden.

Ein Bild trostlosen Stillstandes und starker Ausnutzung der Arbeitskräfte durch den „Vater Staat“ ist also die Uebersicht über die Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen in den vier staatlichen Pulverfabriken Deutschlands geblieben. Dabei weiß man aus den Dividenden der privaten Pulverfabriken à la Kottweil, was an diesem Produkt bei steter Lebensgefahr der Arbeiter für Profite gemacht werden. Unsere Kollegen in Spandau, Hanau, Ingolstadt und Gnaschwitz sollten zunächst wenigstens etwas von sich hören lassen und die amtlichen Angaben unter die Lupe nehmen. Dann können wir doch einen Schritt weiter und die Arbeiterchaft der millionenreichen deutschen Sprengstoffindustrie würde sich besser verständigen können.

### Nachrichtsloser Terrorismus in chemischen Unternehmerorganisationen.

Wieviel wird doch geteilt über den „Terrorismus“ der Arbeiter in ihren Gewerkschaften, und wie wenig über die Gewalttaten, welche Unternehmerorganisationen vollziehen, nicht bloß durch die Aetzung unangenehmer Arbeiter, sondern auch durch die Verhaftung, natürlich immer um des lieben Profites halber! Aus der chemischen Branche, welche die erdigen Bestandteile für die Glühföhren aus Sand hergestelltes Thorium, wird jetzt eine ganze Kette solcher Brutalitäten bekannt, die des Gewinnes halber gegen unangenehme Konkurrenten begangen und von diesen entsprechend erwidert wurden.

Ein Herr Dr. Richard Böhm schreibt dem „Berl. Tageblatt“: „Es ist schon seit langer Zeit in weiten Kreisen bekannt, daß die Thoriumkonvention mit ihrem im Startelweisen beispiellosen Erfolge der Gasglühlichtindustrie ihre Preise diktiert. Wenn man bedenkt, daß zu Anfang dieser Industrie 1 Kilogramm Thoriumnitrat 2000 Mk. kostete und bis vor kurzem für 26 Mk. in den Handel gebracht wurde, so wird man begreifen, daß die an der Konvention Beteiligten viele Millionen aus der Gasglühlichtindustrie gezogen haben. Jedes Eingreifen in die Rechte der Konvention, auch das bescheidenste, wurde in rigorosester Weise unterdrückt. Erlaubte sich ein kleiner Duffler (Aufseher, nicht organisierte Fabrik), die Aufmerksamkeit der Konvention auf sich zu lenken, so wurde ihm mit einem Breitschurz des Thoriumnitrats geantwortet, und nachdem das Opfer in seinem Wutsag, schneitete der Preis wieder in die Höhe.“

Aber Hochmut kommt vor dem Fall! Die Macht der Konvention konnte nur dann mit Erfolg gebrochen werden, wenn es den Dufflern gelang, das Rohmaterial, den Monazitand, der hauptsächlich in Brasilien lukrativ gewonnen werden kann, nicht nur in großen Mengen, sondern auch zu einem konkurrenzfähigen Preise zu erhalten. Quert verstand es die einflussreiche Deutsche Gasglühlicht (Kuerz-) Aktiengesellschaft, sich durch Investierung (Anlage) einiger Millionen Mark in den Besitz eines großen Quantums Monazitandes zu bringen, nachdem sie die verhältnismäßig kleine Thoriumfabrik der Export-Gasglühlichtgesellschaft in Weizenau erworben hatte. Während die Auer-Gesellschaft so lange ihr Thoriumnitrat von der durch Auer begründeten Hagerdorfer chemischen Fabrik, die auch heute noch außer für die amerikanische Welsbach Company für alle übrigen Auer-Gesellschaften das Thoriumnitrat liefert, bezogen hatte, kündigte sie jetzt ihr Vertragsverhältnis und bald darauf ging die Hagerdorfer Fabrik in den Besitz der englischen Welsbach Company über. Der frühere Chemiker dieser Fabrik, Dr. Freidl, wuschte sich ebenfalls von dem Lieferanten der Auer-Gesellschaft einen Vorrat von Monazitand zu verschaffen und gründete die Thorium-

fabrik „Dr. Freidl und Heller“ in Wien. Die chemischen Werke Reichert in Hamburg, die wohl schon seit längerer Zeit im Besitze einer größeren Thoriumfabrik waren, jedoch noch auf den Moment gewartet hatten, daß der Monazitand auch von ihnen in größeren Mengen erworben werden könnte, arbeiteten von nun ab mit vollem Betriebe.

Jetzt begann der richtige Aufmarsch zum entsetzenden Kampf, bei dem die englische Welsbach Company an der Seite marschierte. Nachdem sie am 15. Dezember v. J. den Thoriumnitratpreis auf 22 Mark reduzierte, richtete sie den ersten Schlag gegen die Konvention und eröffnete damit das Gefecht. Es ist begreiflich, daß die Thoriumkonvention durch diesen Eingriff wohl flugig wurde, zur richtigen Bestimmung jedoch nicht kommen konnte, da die englische Welsbach Company ihr bald darauf, noch vor der Wende des Jahres, die Gleichberechtigung der Duffler nicht besser vor Augen führen zu können glaubte, als dadurch, daß sie nunmehr zum zweiten Schläge ausholte und den Preis auf 16 Mark reduzierte. Die Gesteigungs-forderungen für ein Kilogramm Thoriumnitrat betragen etwa 18 Mk. Von den 16 Mk. gehen noch 3 Prozent Skonto, Verpackungs- und Agentenspesen ab. Mithin hat die englische Welsbach Company an dem in wenigen Tagen abgelegten Quantum von 66 000 Kilogramm Thoriumnitrat, ungefähr ein Viertel des jährlichen Weltumsatzes, ein nettes Stämmchen verloren. Gleich darauf traten wieder die alten Preise ein, so daß jetzt die Konvention vor die Notwendigkeit gestellt ist, die mit ihren Kunden bis Ende 1907 eingegangenen und mit Waiffel-klausel geschlossenen Verträge zu modifizieren, das heißt das in Rede stehende Quantum zu denselben Preisen und Bedingungen abzugeben, wie die englische Welsbach Company es getan hat. Denn die deutschen Glühföhrenfabriken müssen den Abnehmern der englischen Welsbach Company gegenüber konkurrenzfähig bleiben. Die Konvention wird dieses Opfer mit großen pekuniären Verlusten bringen müssen und wird nun endlich einsehen, daß ihre Macht gebrochen ist.

Nach dieser Niederlage gibt es für sie keinen andern Ausweg, als sich mit den Dufflern zu verständigen. Dann können aber auch die großen Verluste der letzten Zeit dadurch kompensiert werden, daß der Preis des Thoriumnitrats auf den normalen Stand von 32 oder sogar 40 Mark gebracht wird. Denn der Glühföhrenfabrikant zählt gern soviel für sein wichtigstes Rohmaterial, um endlich in seiner Industrie Ruhe zu haben. Dann werden auch die Preise für den Glühföhrenkörper, die infolge der Beunruhigung des Thoriummarktes auf das tiefste Niveau gesunken sind, wieder normal werden, und die Gasglühlichtindustrie wird gefunden.

Solange diese Gewaltstöße auf dem Markt für Thorium ausgeführt werden, ohne daß die an ihnen völlig unschuldigen Arbeiter dieser Industrie in Mitleidenschaft gezogen werden, mögen sich die Herren Unternehmer schaden, soviel sie wollen. Sobald sie aber die Löhne als Kampfmittel mitbenutzen und zu brüden anfangen, selbstverständlich, ohne bei den kolossalen Preisausschlägen, die sie nach Begünstigung der Konkurrenz planen, an eine Lohnerhöhung zu denken, dann wird der Kampf auch für unsere Kameraden ernst und von Wichtigkeit und sie müssen ihm begegnen durch eine Organisation, die mit gleicher Mächtigkeit für ihre Arbeiterinteressen eintritt, wie die Unternehmerverbände für die Kapital- und Profitinteressen. So wichtig ist unser Verband als Gegengewicht für die einseitige Unternehmerorganisation!

### Die Praktiken des Unternehmer-Arbeitsnachweises noch übertrieben.

hat die Firma Silbermann, Düngerfabrik, Ludwigs-hafen. Darüber wird uns geschrieben: Am Freitag wurde auf dem Bureau des Verbandes gemeldet, daß vom Unternehmer-Arbeitsnachweis acht Arbeiter nach der Düngerfabrik geschickt wurden, die aber alle zurückgewiesen worden seien, da angeblich keine Arbeiter eingestellt würden. Nun bedenke man folgendes: Der Weg vom Arbeitsnachweis bis zur Fabrik Silbermann dauert 1 1/2 Stunden, so daß die genannten acht Arbeiter, vielleicht mit leerem Magen, durch eine Laune des Betriebsführers Direktor Gekner den 1/2stündigen Weg zweimal zurücklegen mußten, ohne ihre Hoffnung auf Arbeit erfüllt zu sehen. Nur mit Arbeitern kann man sich erlauben, so zumzugehen. Nach Mitteilung der Arbeiter hat der Aufseher oder Vorarbeiter gesagt, die Arbeiter wären schon einmal in der Fabrik beschäftigt gewesen und hätten sich gegen die Arbeitsbedingungen aufgeführt. Auf telephonische Anfrage erklärte Herr Gekner, daß er nichts dafür könne, wenn ihm vom Arbeitsnachweis bei Bestellung von vier Arbeitern acht zugeschickt würden, damit er Auswahl treffen könne. Außerdem lasse er sich vom Verband keinerlei Vorschriften über Einstellung und Entlassung der Leute machen. Er habe Saisongeschäft und könne nicht jeden gebrauchen, am wenigsten Maurer.

Schon vor einiger Zeit verfuhr Herr Gekner einen Arbeiter, der sich vor längerer Zeit eines leichten Vergehens in der Anilin schuldig machte, nicht wieder einzustellen. Hiergegen erhob der Organisationsleiter Einspruch und wurde vom Vorsitzenden des Einigungsamtes darin unterstützt. Herr Gekner gab dann nach. Ob Herr Gekner wirklich nach dem „Nuhn“ geht, die brutalen Praktiken des Arbeitsnachweises noch übertrieben zu haben?

### Legende Händholzfäbriken.

Aus Pungstadt erhalten wir von dortigen Händholzarbeitern einen Brief, der das Glend der Händholzfäbriken und den Groll gegen die Steuer-macherpartei in gleicher Weise zum Ausdruck bringt. Wir drucken nachstehend die wichtigsten Stellen daraus ab:

„Der Artikel (im „Proletarier“, D. R.) „Deutsches Händholzarbeiterglend“ war treffend. In den 4 Händholzfäbriken hier in Pungstadt wird auch nur 8 Stunden gearbeitet, nur in einer wird 10 Stunden geschafft; die liefert ins Ausland. Die Arbeitszeit ist allerdings schon an, man fühlt sich auch mal als Mensch. Wenn man früh 8 Uhr anfängt und um 5 Uhr aufhört, wirklich schön! Aber des Sonnabends, bei der Auszahlung, da schüttelt jeder den Kopf, besonders die Verheirateten, denn es gibt dann 13—14 Mk., wenn ein Feiertag in die Woche fällt, gar bloß 10—12 Mk. Alles schimpft und flucht. Die Leute müssen in Schulden kommen, ob sie wollen oder nicht. Was wird diese Steuer-macherpartei verflucht.“

Es folgt dann eine Anregung, den Reichstagsabgeordneten einen Antrag auf Verstaatlichung der Händholzfäbriken und einen weiteren auf Unterstützung der geschädigten Händholzarbeiter zu unterbreiten. Auch wird Hilfe vom Verband verlangt, obwohl die Schreiber wissen, daß die Händholzarbeiter erst jetzt, nachdem ihnen das Feuer die Mägel schon verbrannt hat, zum Verband kommen. Gätten die Händholzarbeiter früher auf ihr eigenes Interesse gesehen, wären sie rechtzeitige Mitglieder des Verbandes geworden, so wären zu der Zeit, als die Unternehmer Riesengewinne einströmen, die Arbeitsverhältnisse der Händholzarbeiter so verbessert worden, daß sie jetzt weniger schwer unter dem Niedergang zu leiden hätten. Der Groll der Pungstädter Arbeiterchaft gegen die Steuer-macherpartei ist durchaus berechtigt. Dasselbe Verstum, das den Arbeitern jede Unterstützung aus Staatsmitteln verweigert, hat den Unternehmern indirekt ganz erhebliche Entschädigungen zugebracht. In Schutze des Händholzfäbriken, das sämtliche Grob-Betriebe umfaßt, gegründet. Das Syndikat wird nach allen Regeln der Kunst organisiert: es soll nicht etwa nur einheitliche Preise durchsetzen, sondern es wird eine Verkaufsstelle errichten, die den Betrieben einträglich regelt. Auf diese Weise wird vor allem den kleinen Betrieben das Lebenslicht ausgeblasen. Die Grob-Betriebe aber schreien die Konjunktur durch erhöhte Preise und bringen den Verfall der jetzigen höchsten Zeit müdeles wieder herein. Die vom allerhöchsten

\* Die Pulverfabriken bestanden dies durch die bekannten Arbeiterwohnungen, die sich auch hier als große „Wohltaten“ ohne Erwähnung ihrer Nachteile aufgezeigt haben.



